

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/49

11. März 1977

Grundsätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Großstädte müssen Lebensfähigkeit erhalten und Lebensqualität bieten

Von Holger Börner

Ministerpräsident von Hessen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 80 Zeilen

Auf dem Wege zur "APD im weißen Kittel"

Die Kampagne der Ärzteverbände wird scheitern

Von Olaf Sund MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 / 32 Zeilen

EG darf kein exklusiver Klub der Reichen werden

Anmerkungen zum Beitritt neuer Mitgliedsstaaten zur EG

Von Manfred Schmidt MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und Vizepräsident des Außenwirtschaftsausschusses

Seite 4 und 5 / 74 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Presshaus J. Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 3689
Telefax: 06 06 846-48 pöbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnr Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Grundsätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Großstädte müssen Lebensfähigkeit erhalten und Lebensqualität bieten

Von Holger Börner

Ministerpräsident von Hessen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Wenn wir über die Entwicklung unserer Städte reden, dann müssen wir zunächst nach den Rahmenbedingungen fragen, von denen unsere politische Arbeit abhängt. In unseren großen Städten geht die Einwohnerzahl Jahr für Jahr zurück. Junge Familien verlassen die Innenstädte. Sie werden verdrängt durch Straßen, Fabriken und Büros. Ausländische Arbeitnehmer rücken als neue Unterschicht nach. Die Folgen sind Überalterung, Ausländerbellung, sozialer Verfall. Die Abwanderung steuerkräftiger Bürger in das Umland schwächt die Finanzkraft der Großstädte.

Unsere Antwort auf diese negative Entwicklungstendenz kann nur lauten: Unsere Großstädte müssen ihre Lebensfähigkeit erhalten und Lebensqualität bieten. Ungesteuertes Wachstum muß ebenso verhindert werden wie langsamer Verfall. Es gibt keine Alternative zu funktionsfähigen und lebenswerten Zentren unseres Landes!

Ebensowenig gibt es aber Alternativen zu funktionsfähigen und lebenswerten ländlichen Räumen!

Wir müssen deshalb ländliche Regionen, Verdichtungsgebiete und Großstädte in einem Zusammenhang sehen. Die moderne Industriegesellschaft braucht intakte ländliche Räume, sie braucht sie wegen ihrer Umweltschutzfunktion und als Erholungsgebiet im weitesten Sinne.

Wichtig scheint mir die Erkenntnis: Unter der Bedingung einer stagnierenden, beziehungsweise leicht rückläufigen Bevölkerungszahl gibt es keine echten "Gewinner" aus dem Wanderungsverhalten. Ähnlich wie in den städtischen Kernzonen trennen sich auch in den übrigen Räumen die Generationen. Aus den wirtschaftlich schwachen, dünn besiedelten Gebieten wandert ebenfalls die junge Generation ab. Die Alten bleiben zurück. Die Überalterung des Bevölkerungsaufbaus geht auch dort weiter. Die Umlandgebiete, die scheinbaren Gewinner, können jedoch auf die Dauer ihre Bevölkerung auch nicht halten.

Wegen der insgesamt relativ schlechten Umweltbedingungen verlassen die vermögenden Ruheständler die großen Verdichtungsgebiete und siedeln sich in ausgewählten, landschaftlich attraktiven Gebieten an. Die Folgen dieser verschiedenartigen Wanderungsbewegungen sind teilweise Unterauslastung der aufwendigen Infrastruktur, teilweise aber auch Überlastung.

Trotz aller geschilderten Probleme bin ich - was die Lage unserer Städte anbelangt - optimistisch. Wir stehen, auch wenn es die Wanderungsdaten noch nicht ausweisen, nicht mehr am Nullpunkt. Das Schlagwort von der "Unregierbarkeit der großen Städte" beginnt aus der Diskussion zu verschwinden. Und dies kam nicht von selbst.

Es ist das Verdienst von Männern wie Rudi Arndt, Hans Koschnick, Ulrich Klose, um nur ein paar Beispiele zu nennen, die in ihrem Bereich für

die Sanierung der Städte und für ein geordnetes Zusammenleben mit dem Umland zu wirken begonnen haben. Es ist das Verdienst auch von Ländern, die im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und der Landesentwicklung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen und ländlichen Räumen gefördert haben. Ich will an dieser Stelle nicht verheimlichen: Hessen z.B. hätte gern noch mehr Mittel auch für den Frankfurter Raum zur Verfügung gestellt, wenn es nicht Jahr um Jahr hohe Summe für den Länderfinanzausgleich aufbringen müßte, die besonders CDU/CSU-regierten Ländern zugute kommen.

Stadtentwicklungspolitik ist nicht nur eine Frage der Finanzmittel, sondern auch eine Frage der rechtlichen Möglichkeiten und der planerischen Instrumente. Und hier haben das Städtebauförderungsgesetz und das novellierte Bundesbaugesetz wesentliche Fortschritte gebracht. Allerdings habe ich den Eindruck, daß mitunter auch Kommunalpolitiker unserer Partei dieses Instrument noch nicht voll ausschöpfen, um Spekulationen und unerwünschte Entwicklungen zu verhindern. Auch die jüngsten steuerlichen Beschlüsse zur 7 b-Abschreibung und zur Befreiung von der Grunderwerbssteuer können, da sie zusätzliche private Investitionen auslösen, zur Erhaltung historischer Bausubstanz und zur Erneuerung überalterter Wohngebiete beitragen.

Zu- und Abwanderung wird es auch in Zukunft geben. Dafür sorgt ein überregionaler qualifizierter Arbeitsmarkt. Aber die Einstellung der Bürger zur Mobilität wird kritischer. Sie wird dies umso mehr, wenn es gelingt, die Unverwundbarkeit und Eigenart der Stadt zu bewahren und damit eine innere Bindung der Stadtbewohner an ihre Stadt wieder herzustellen. Die Modernisierung muß Vorrang haben vor Abriss und Neuaufbau, die Erhaltung Vorrang vor der Gründung neuer Stadtteile und der Stadterweiterung. Die Anlage von Frei- und Grünräumen innerhalb der einzelnen Stadtquartiere und Stadtteile wird wichtiger. Mehr Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten innerhalb der Stadt geben mehr Möglichkeiten zu Gemeinschaftsaktivitäten und können ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger entstehen lassen.

Der Bevölkerungsrückgang, so zweischneidig er ist, bringt nach meiner Auffassung den Städten eine Atempause. Sie sind vorübergehend von dem Druck entlastet, ein mehr an Wohnungen und bestimmten Infrastruktureinrichtungen zu schaffen. Wir Sozialdemokraten waren es, die qualitatives Wachstum anstelle des quantitativen gefordert haben. Es liegt jetzt an uns, in der uns aufgezwungenen Entwicklung auch die Chance zu erkennen und zu nutzen.

Wir werden dies nur tun können, wenn wir uns auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen können. (-/11.3.1977/va/hu)

+ + +

Auf dem Wege zur "APO im weißen Kittel"

Die Kampagne der Ärzteverbände wird scheitern

Von Olaf Sund MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Gestern begann der sogenannte Konsultationsring ärztlicher Verbände mit dem, was er als eine "Aufklärungsaktion der Öffentlichkeit über den Entwurf eines Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz" bezeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich hierbei um eine Kampagne der ärztlichen Standesvertreter, mit der die Öffentlichkeit in unverantwortlicher Weise irreführt und der Druck auf den Gesetzgeber verestärkt werden sollen. Mit Hilfe von Zeitungsanzeigen, Praxis-Postern, Faltprospekten für Patienten und Heckscheiben-Aufklebern - also mit großem finanziellen Aufwand - wollen die ärztlichen Verbände den Widerstand gegen das Gesetzesvorhaben mobilisieren. Die Kampagne wird scheitern, weil die Patienten längst erkannt haben, daß sie für die wirtschaftlichen Interessen der Ärzte eingespannt werden sollen.

Die Ärzteverbände unternehmen den untauglichen Versuch, der Öffentlichkeit angebliche Gefährdungen der medizinischen Versorgung unserer Bevölkerung zu suggerieren, die durch den tatsächlichen Inhalt des von ihnen bekämpften Gesetzentwurfs nicht im geringsten gedeckt werden. Der authentische Gesetzentwurf macht deutlich, daß entgegen den Behauptungen der Verbände weder die Therapiefreiheit, die Selbstverwaltung, die Vertragsfreiheit noch der Sicherstellungsauftrag angetastet werden sollen. Auch für die Unterstellungen, die Verwirklichung des geplanten Gesetzes führe zur Einheiterversicherung, zur Einheitsgebühr, zum Einheitshonorar und zur Einheiterversorgung, findet sich in dem Gesetzentwurf keinerlei Grundlage.

Die Ärzteverbände mausern sich immer mehr zur "APO im weißen Kittel" und sind auf dem besten Wege, sich aus dem Kreis ernstzunehmender Diskussionspartner hinauszumanteln. Hier wird eine breit angelegte "Volkverdummung auf Krankenschein" betrieben, denn es steht außer Zweifel, daß erst die von den Versicherten aufgebrauchten Arzthonorare eine finanziell so aufwendige Kampagne und die Speisung sogenannter Kampffonds ermöglichen. Es ist dringend an der Zeit, daß sich der besonnene Teil der Ärzteschaft eindeutig von den Aktionen der Verbände distanziert und damit die Basis für eine sachliche Auseinandersetzung wiederherstellt. Gefragt ist der fachliche Rat, nicht die politische Agitation. (-/11.3.1977/vs/ja)

+ + +

EG darf kein exklusiver Klub der Reichen werden

Anmerkungen zum Beitritt neuer Mitgliedsstaaten zur EG

Von Manfred Schmidt MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und Vizepräsident
des Außenwirtschaftsausschusses

Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden, heißt es im EWG-Vertrag. Doch wie sieht es mit diesem Anspruch in der Realität aus?

Seit der Erweiterung auf die Gemeinschaft der Neun macht sich immer stärker eine Tendenz breit, die in einem gefährlichen Maß auch aus der Programmrede herauszuhören war, die der neue Präsident der Kommission, Roy Jenkins, im Februar vor dem Europäischen Parlament gehalten hat.

Zwar wird immer wieder die grundsätzliche Bereitschaft betont, allen europäischen Ländern, die zu einer Mitarbeit bereit und auf Grund ihrer demokratischen Struktur auch in der Lage sind, die Aufnahme in die EG auch zu ermöglichen. Doch nach dem berühmten "im Prinzip ja" werden dann sehr schnell und unübersehbar Vorbehalte angemeldet.

Da ist die Rede davon, daß die Gemeinschaft der Neun sich erst festigen müßte, bevor sie zu einer weiteren Erweiterung fähig sei, daß man sich nicht, wie es Roy Jenkins ausdrückte, "Kopf über in die Erweiterung stürzen dürfe", sondern erst untersuchen müsse, wie sich eine neuerliche Erweiterung auf die ursprünglich für sechs Nationen konzipierten und später der Erweiterung auf neuen angepaßten Gemeinschaftsorgane auswirken würde.

Es drängt sich hier sehr schnell der Eindruck auf, daß das Argument, der Beitritt neuer Länder würde den Zusammenhalt der Gemeinschaft ernsthaft gefährden, vorgeschoben wird, um die wirklichen Beweggründe nicht offenlegen zu müssen. Denn wer ehrlich ist, wird zugeben müssen, daß die Hauptschwierigkeiten der Gemeinschaft nicht darin begründet sind, daß die Länder, denen man den Beitritt zur EG zugesichert hat, nun von dieser Zusicherung Gebrauch machen wollen. Das eigentliche Problem, unter dem die Gemeinschaft leidet, ist doch vielmehr das, daß sie mit ihren eigenen inneren Schwierigkeiten nicht fertig wird. Und daß nicht deshalb, weil auch andere Länder den Wunsch haben, zur Gemeinschaft zu gehören, sondern zum größten Teil wegen der nationalen Egoismen einiger Mitgliedsstaaten.

Es ist daher eine Bewährungsprobe für die Europäische Gemeinschaft, ob es ihr gelingt, den nationalen Egoismus zurückzudrängen und so die innere Ordnung in der EG wieder herzustellen und die Entscheidungsmöglichkeiten zu verbessern, oder ob sie sich den beitragswilligen Ländern gegenüber auf den Standpunkt stellt, man könne ihnen ja eigentlich berech-

tigten Anliegen in absehbarer Zeit nicht nachkommen, weil man erst mit den eigenen Problemen fertig werden müsse.

Die Gefahr, die diese "Wir müssen erst mit unseren eigenen Problemen fertig werden"-Haltung mit sich bringt, liegt klar auf der Hand.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang nur der Ausbau der Kooperation mit der Sowjetunion auf wirtschaftlichem Gebiet durch die Türkei, die letztlich eine Abwendung von der EG bedeutet. Aber auch in Griechenland wurde in der letzten Zeit betont, daß ein Zögern der Gemeinschaft gegenüber dem Beitritt Griechenlands in flagrantem Widerspruch zu den eigenen Erklärungen der EG stehe.

Die Gemeinschaft kann und darf nicht zu einem exklusiven Klub der Reichen werden. Man kann sich nicht einfach auf den Standpunkt stellen, man habe schließlich seine eigenen Probleme frei nach dem Motto: So lange wir nicht alle zur Spitzengruppe der bestverdienenden Nationen gehören, so lange kommt keiner mehr herein.

In den römischen Verträgen werden klar und unmißverständlich die Bedingungen genannt, unter denen die Gemeinschaft für neue Mitglieder offen steht. Darüber hinaus bestehen vertragliche Zusicherungen, die die Gemeinschaft Griechenland und der Türkei gegenüber eingegangen ist. Über Jahre hinaus hat die EG die Herstellung demokratischer Strukturen in Griechenland, Spanien und Portugal zur Bedingung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen gemacht. Es wäre politisch unverantwortlich, den eingeleiteten Prozeß demokratischer Entwicklungen in diesen Ländern nicht zu fördern. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß die von diesen Ländern, einschließlich der Türkei, gesuchte Annäherung an die EG einen politisch erstrangigen Stellenwert einnimmt.

Mögen die in diesem Zusammenhang auftretenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme noch so gravierend sein, so können sie doch nicht gegen das Bekenntnis zur Demokratie und zur Idee eines freien, sozialen und geeinten Europas durch die beitragswilligen Länder aufgehoben werden.

Wir haben anderen zugesagt, daß wir ihnen den Beitritt ermöglichen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Die Gemeinschaft kann es sich um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen nicht leisten, von diesen Zusagen abzugehen, oder, was noch schlimmer ist, eine Politik zu betreiben, die zwar so tut, als ob die Verträge eingehalten würden, aber immer neue Barrieren aufbaut, um so in Wirklichkeit die Verträge oder gegebene Zusagen nicht einhalten zu müssen.

(-/11.3.1977/va/1a)

+ + +